



PRESSEMITTEILUNG

Offener Flüchtlingsrat tagte am 23.3.2013 in Sömmerda Abweisender und ablehnender Umgangston auf der Ausländerbehörde

Am vergangenen Samstag, den 23.3.2013 tagte der „Offene Flüchtlingsrat“ in Sömmerda. Der Einladung zu der offenen Informationsveranstaltungen waren insgesamt 17 Personen gefolgt, darunter der 2. Kreisbeigeordnete Herr Untermann sowie einige der im Landkreis Sömmerda untergebrachten Flüchtlinge. Der Verein hat sich im Nachgang mit einem Schreiben an Landrat Herr Henning gewandt, um auf Missstände im Landkreis aufmerksam zu machen und die Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlingen anzuregen.

Nach dem „Offenen Flüchtlingsrat“ zieht der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ein differenziertes Resümee. Positiv anerkannt wurde, dass der Landkreis sich bereits 2011 für die ausschließlich dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen entschieden hat und dass sich verstärkt Sömmerdaer BürgerInnen dem Thema annehmen und Flüchtlinge unterstützen möchten.

Kritisch wurden allerdings die Erfahrungen zum Umgang mit Flüchtlingen, BeraterInnen und UnterstützerInnen auf der Sömmerdaer Ausländerbehörde bewertet. Bestätigt wurden Berichte, die dem Verein seit langem bekannt sind, dass bei der Ausländerbehörde Entscheidungen sehr restriktiv und zu Ungunsten der Betroffenen getroffen, Ermessens- und Handlungsspielräume nicht positiv genutzt, behördliche Entscheidungen nicht transparent gemacht (sondern ggf. mit einem mündlichen „Nein“ abgelehnt werden) und Ehrenamtliche, die als „Beistand“ Flüchtlinge mit zur Behörde begleiten, als „nicht bevollmächtigt“ abgetan werden. Hinzu kommt, dass die Sozialbetreuung für die Flüchtlinge nun direkt Bestandteil der Ausländerbehörde Sömmerda ist, was eine vertrauensvolle und sinnvolle Beratung verunmöglicht. Darüber hinaus gibt es aber keine weiteren professionellen Beratungsangebote für Flüchtlinge.

Ebenso kritisiert der Verein, dass die Unterbringung zwar in Wohnungen erfolge, dafür aber offensichtlich kein Unterbringungskonzept bestehe, mit dem sichergestellt wird, dass ggf. erforderliche Hilfebedarfe erfasst werden und Unterstützung in Alltagsfragen ebenso wie auch in akuten Krisen erfolgt. Wünschenswert wäre ein Unterbringungskonzept, dass von verschiedenen gesellschaftlichen AkteurInnen (Behörde, Vereine, Schulen, etc.) im Landkreis erarbeitet wird und sich mit den Fragen der Aufnahme im Landkreis, der Versorgung und Beratung sowie schulischen und sprachlichen Integrationsangeboten beschäftigt.